



Beschluss der JHV der SPD Köln Ehrenfeld vom 5.2.2019, zur Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag am 16.3.2019 und an den Parteitag der NRWSPD:

Hochschulen für den Frieden – Zivilklausel im NRW-Hochschulgesetz erhalten!

"Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung"

Hochschulzukunftsgesetz NRW, §3, Aufgaben der Hochschulen.

Aufklärung wirkt: Das Engagement und die Aufklärung für eine Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung haben in NRW erwirkt, dass die rot-grüne Landesregierung 2014 eine Friedensklausel im Hochschulgesetz aufnahm. Alle Universitäten und Fachhochschulen in NRW haben sich seitdem einer friedensstiftenden Wissenschaft verpflichtet. Somit befinden sich 33 der insgesamt 63 Hochschulen, die sich eine Zivilklausel gegeben haben, in NRW.

Im gleichen Jahr beklagten sich Vertreter der Rüstungsindustrie, dass sich ihre Bedingungen durch die Ausgrenzung militärischer Forschung aufgrund von Erfolgen der Zivilklausel-Bewegung an manchen Hochschulen verschlechtert haben.

Seit der Einführung der Zivilklausel an Hochschulen in NRW sind 4 Projekte bekannt geworden, die von Wissenschaftler*innen abgelehnt oder abgebrochen wurden, weil sie einer friedensstiftenden Wissenschaft widersprachen. Darunter: Eine Machbarkeitsstudie an der RWTH Aachen zum Bau einer Panzerfabrik in der Türkei unter Beteiligung des Rüstungsproduzenten Rheinmetall.

Tatsächlich bedeutet eine gesetzlich institutionalisierte Zivilklausel eine Bekräftigung der Hochschulen und ihrer Mitglieder, die Wissenschaft am Allgemeinwohl auszurichten statt an den Anforderungen von potentiellen Drittmittelgebern. Die Verankerung von Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie als Aufgaben der Hochschulen im Landeshochschulgesetz bringt zudem den Gesetzgeber in die Verantwortung, auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verwirklichung dieser Aufgabe zu schaffen.

Nun will die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW die Zivilklausel aus dem Hochschulgesetz streichen und die Hochschulen für die Aufrüstungspläne der Nato kompatibel machen.

Dagegen intensiviert die SPD öffentlichkeitswirksam ihr Engagement für eine Wissenschaft, deren Fragestellung und Erkenntnisinteresse sich an einer Mehrung des allgemeinen Wohls orientiert, an der Lösung der globalen Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben weltweit und an der Überwindung jeder Form von Gewalt und Indienstnahme der Wissenschaft für partikulare Interessen aus Politik und Wirtschaft.

Die SPD setzt sich daher verstärkt ein für:

- Den Erhalt bzw. die Wiederaufnahme einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz
- Die Zurückdrängung der konkurrenzgesteuerten Hochschulfinanzierung durch befristete Drittmittel durch den erforderlichen Ausbau der öffentlichen Grundfinanzierung der Hochschulen.